Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beul jr., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 122 | Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspfennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspfennig, Reklame 10 Reichspfennig. — Offertgebühren 10 Reichspfennig und Porto — | Halver, Montag, den 26. Mai | Erscheint wöchentlich 6 mal. Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild", „Landmanns Sonntagsblatt", „Herd und Scholle", — „Für unsere Frauen" und „Am Abend". — | 1930

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Der Rechtsausschuß des Reichstages beschloß, anläßlich der Rheinlandräumung eine Amnestie für alle politischen Vergehen mit Ausnahme von Verbrechen gegen Regierungsmitglieder zu erlassen.

* Die thüringische Regierung beschloß, die Schulgebetsverordnung nicht zurückzuziehen und es dem Reichsinnenministerium zu überlassen, die Entscheidung des Staatsgerichtshofes anzurufen.

* Dr. Eckener erklärte vor seinem Abflug von Pernambuko, daß er eine ständige Luftschiffverbindung zwischen Deutschland und Südamerika für durchaus möglich halte.

* Der Schulkreuzer „Karlsruhe" hat seine erste Auslandsreise angetreten.

Auf des Messers Schneide.

Im Deutschen Reichstag haben Entscheidungen wichtigster Art schon recht oft an der Stimmabgabe von vier, fünf oder nur ein paar mehr Reichstagsabgeordneten gehangen; aber darüber braucht man sich angesichts der deutschen Parteienzersplitterung weiter nicht zu wundern. In Frankreich ist ja ähnliches auch schon — und nicht gerade selten — vorgekommen, fiel so manches Ministerium über ein paar Stimmen Mehrheit, die der Opposition vielleicht erst im letzten Augenblick zufielen. In England war es früher noch anders, als es im Parlament nur zwei Parteien gab. Und die waren stramm disziplinier, kannten keine Außenseiter. Nach dem Kriege wurde es anders. Da kam die Arbeiterpartei und errang 1924 gleich einen solchen Sieg bei den Wahlen, daß sie die absolute Mehrheit im Parlament besaß. 1928 hat sie wieder gesiegt, wurde zur stärksten Partei, aber hat nicht wieder jene absolute Mehrheit erringen können. Deswegen lebt auch die Regierung Macdonalds von der Gnade der Liberalen und Lloyd Georges. Außerdem hat sie Glück im Unglück; dies Unglück ist vor allem die Arbeitslosenfrage, dann noch mehr üble Schwierigkeiten der Außenpolitik: Indien, Ägypten, marinepolitisches Verhältnis zu Amerika im Schatten der Londoner Konferenzbeschlüsse. Weder die Konservativen noch die Liberalen bezeigen übermäßig viel Lust, durch Sturz Macdonalds sich sozusagen selbst in die Notwendigkeit einer Annahme solcher peinlichen Erbschaft zu versetzen. Pech ist allerdings für Macdonald reichlich vorhanden. Man hat im Wahlkampf allzu viele Versprechungen hinsichtlich der alsbaldigen Lösung der Arbeitslosenfrage gemacht und — so gut wie nichts erreichen können, als man in der Verantwortung saß. Und einst waren die Führer der Arbeiterpartei die heftigsten Gegner der englischen Gewaltpolitik in Indien — und jetzt muß die englische Arbeiterregierung in Indien mit Gewehr und Tank vorgehen. Schon längst ist die große Denkschrift der sog. Simon-Kommission über die verfassungspolitischen Reformvorschlaäge für Indien fertig — und was man als Opposition verlangte, erfüllt man jetzt auf den Sesseln der Verantwortung sitzend auch selbst nicht: die Veröffentlichung dieser Denkschrift. Dazu die inneren Zwistigkeiten in der Arbeiterpartei, von der zahlreiche unzufriedene Parlamentsmitglieder ihrer Regierung wegen ihres Verhaltens in jenen beiden Fragen schon wiederholt die Gefolgschaft versagten.

*

Nun hat Lloyd Georgeden Shylock-Schein gezeigt: Macdonald soll schleunigst eine Wahlreform bringen. Sonst würden sich die Liberalen kaum entschließen können, die Arbeiterregierung direkt zu unterstützen. In den nächsten Tagen soll aber eine der Regierung natürlich sehr unangenehme konservative Interpellation über die Arbeitslosenfrage verhandelt werden. Stimmen dann aber die Liberalen nicht für Macdonald und enthält sich auch jener linke Flügel der Arbeiterpartei der Stimme, dann steht die Entscheidung in dieser Kardinalfrage der englischen Innenpolitik auf des Messers Schneide, hängt das Schicksal Macdonalds oder — des Parlaments von ein paar Stimmen ab, weil sich dann die Konservativen und die restliche Zahl der Gefolgschaft der Arbeiterregierung die Waage halten. Daß dem Ministerpräsidenten von dem Führer der Liberalen, Lloyd George, die Pistole der Wahlreform auf die Brust gesetzt wird, kann man dieser Mittelpartei durchaus nicht verdenken; denn sie wird durch das bestehende Wahlrecht überaus benachteiligt und hat längst nicht soviel Vertreter im Parlament, wie das auf Grund der für sie abgegebenen Stimmen der Fall sein müßte. Es muß also zur Entscheidung kommen, die bei einer Niederlage Macdonalds bei der Abstimmung nur heißen kann: Rücktritt der Arbeiterregierung oder — Neuwahlen unter Vorzeichen, die für die Arbeiterpartei keineswegs günstig sind.

*

In Preußen ist es auch zu einer solchen Entscheidung in einer Kardinalfrage gekommen, allerdings zu einer reichlich verworrenen, die außerdem ohne parlamentarisch-politische Folgen blieb. Auch hier hat die Regierung eine Gefolgschaft, die nur über ein paar Stimmen Mehrheit verfügt. Also nur dann sicher steht, wenn alle ihre Leute auch da sind in entscheidenden Abstimmungsaugenblicken. Daß die Opposition den Etat ablehnt oder zu Fall zu bringen versucht, ist ja eine Selbstverständlichkeit. Diesmal gelang es ihr dadurch, daß sie durch einfache Stimmenthaltung das Haus beschlußunfähig machte. Nach drei Wochen kommt es nochmals zur Abstimmung und da werden wohl die Regierungsparteien ihre säumigen Leute heranholen. Im übrigen läuft der vorjährige Etat in Einnahmen und Ausgaben ruhig weiter, bleibt die Regierung im Amt und alles sieht so aus, als ob — gar nichts geschehen wäre! Aber es bleibt doch eine selbstverschuldete Schlappe der Regierungskoalition in Preußen; denn es handelte sich nicht um eine politische Lappalie, sondern eben um den Etat, dem diesmal auch die Deutsche Volkspartei zusammen mit den anderen Oppositionsparteien nicht zustimmte oder ihn durchgehen ließ, wie sie das früher getan hatte. Daß hierbei gewisse „Rückstrahlungen" aus den augenblicklichen politischen Verhältnissen im Reich wirksam sind, ist wohl anzunehmen. Schon so manches Mal hat die gegenwärtige Regierung in Preußen nur mit ganz geringen Mehrheiten gesiegt, gerade so wie das dem Kabinett Brüning beschieden ist. Aber ein paar Stimmen genügen eben und noch nie ist eine Regierung zurückgetreten, weil ihr eine Mehrheit von nur ein paar Stimmen zur Verfügung stand.

Auf dem Fluge durch Brasilien

Der dritte Start des „Graf Zeppelin"

Ständiger Luftdienst Berlin—Pernambuko?

Sonnabend früh 3.25 Uhr mitteleuropäischer Zeit hat das Luftschiff „Graf Zeppelin" Pernambuko verlassen, um nach Rio de Janeiro zu fliegen und von dort aus, wenn es möglich sein sollte, die deutschen Kolonien in den Südstaaten Santa Catharina, Paraná und Rio Grande do Sul zu besuchen. Es hatte sich bei dem Abflug von Pernambuko wieder eine vieltausendköpfige Menge auf dem Flugplatz eingefunden, um das überwältigende Schauspiel des Aufstiegs zu genießen. Die gewaltigen Massen jubelten dem Luftschiff zu, als Eckener das Kommando „Los!" gab.

Bei der Gasfüllung des „Graf Zeppelin", die wegen der außerordentlich großen Hitze in Pernambuko erst am Abend vorgenommen werden konnte, ereignete sich ein Unfall, der von amerikanischen Blättern stark übertrieben worden ist: zwei Arbeiter erlitten Brandwunden, die jedoch nicht gefährlich sind.

In Rio de Janeiro hatte man für den Zeppelin einen großen Empfang vorbereitet. Alle Behörden hatten ihren Angestellten Sonderurlaub gegeben und alle Geschäfte hatten geschlossen. Die Drahtseilbahn, die auf den Gipfel des an dem berühmten Hafeneingang von Rio gelegenen Zuckerhutberges führt, hatte Sonderzüge eingelegt, damit die Bürger der Landeshauptstadt in die Lage kämen, das Luftschiff aus einer Höhe von 360 Metern zu beobachten.

Dr. Eckener über die Zukunft der Luftschiffverbindungen.

Dr. Eckener äußerte sich in Pernambuko über die Möglichkeit einer regelmäßigen Luftschiffverbindung Berlin—Pernambuko sehr optimistisch. Zur Überwindung dieser Strecke würde man dreier Tage benötigen. Ein dreieinhalbtägiger Dienst sei selbst bei ungünstigsten Wetterbedingungen möglich. Der Zweck des jetzigen Unternehmens sei, den Wert eines kombinierten Flugzeug- und Luftschiffdienstes zwischen Europa und Südamerika zu beweisen. Die restlose Verwendung des Zeppelinluftschiffes auf der ganzen Strecke würde allerdings wegen der allzu hohen Kosten unwirtschaftlich sein. Infolgedessen würden die Fahrgäste von Berlin bis Sevilla in Flugzeugen befördert werden müssen, um dann dort an Bord des Luftschiffes zu gehen. Für den letzten Teil der Strecke von Pernambuko nach Rio de Janeiro könnten Wasserflugzeuge verwendet werden.

Amerikas Anerkennung.

Unterstaatssekretär Ingalls vom Marineamt der Vereinigten Staaten erklärte zu dem Zeppelinflug nach Südamerika, der Flug gereiche allen denen zur Befriedigung, welche an die Zukunftsaussichten des Luftschiffes glaubten. Dr. Eckener verdiene volle Anerkennung nicht nur für die Führung des „Graf Zeppelin", sondern auch für die Ermittlung neuer Verkehrswege. Das Marineamt erwarte zuversichtlich die Ankunft des Luftschiffes in Lakehurst entsprechend dem aufgestellten Flugplan.

Die „World" bezeichnet in einem Leitartikel die bisherigen Leistungen des „Graf Zeppelin" als eine Stärkung seines Rufes als sicheres, bequemes und zuverlässiges Verkehrsmittel, das freilich kostspielig sei. Andererseits könne niemand die wachsende Nachfrage nach dem Zeppelindienst bestreiten.

Weiterflug nach Sao Paulo.

Verzögerung des Starts durch große Hitze.

Der Start des „Graf Zeppelin" mußte auf Mitternacht (also 4 Uhr morgens mitteleuropäischer Zeit) verschoben werden, da die Tropensonne tagsüber zu einer beträchtlichen Ausdehnung der Gaszellen geführt hatte. Die Übernahme des notwendigen Wasserstoffgases konnte erst nach Sonnenuntergang erfolgen, als die kühlere Temperatur die Gaszellen wieder zusammengezogen hatte.

Dr. Eckener erklärte, daß die Reise nach Rio de Janeiro voraussichtlich bis Sao Paulo ausgedehnt werde, falls die Witterungsverhältnisse es gestatten. Am Montag früh wird das Luftschiff wieder in Pernambuko landen, um die Gasvorräte aufzufüllen. Am Mittwoch früh soll dann der Flug nach Lakehurst angetreten werden.

Zeppelin in Rio de Janeiro.

Weiterfahrt nach Pernambuko.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin" erschien kurz nach ½7 Uhr Ortszeit über der Stadt Rio de Janeiro. Die Landung erfolgte glatt um 7.05 Uhr schnell und sicher innerhalb von 15 Minuten. Bei der Landung war der brasilianische Präsident anwesend. Auf dem Landungsfeld war eine nach Zehntausenden zählende Menschenmenge versammelt. Der „Graf Zeppelin" bot einen herrlichen Anblick, als er in langsamer, majestätischer Fahrt die Bay vor Rio kreuzte.

Nach einem beim Luftschiffbau Friedrichshafen eingegangenen Funkspruch des „Graf Zeppelin" hat das Luftschiff um 3.35 Uhr mittlerer Greenwich-Zeit die Gegend von Rio passiert und nahm Kurs auf Santos und Sao Paulo. Der Funkspruch bemerkte, daß das Luftschiff alsdann nach Rio zurückkehren würde, was denn auch geschehen ist.

Der „Graf Zeppelin" verweilte nach seiner Verankerung eine Stunde und sieben Minuten auf dem Flugplatz in Rio de Janeiro. Die Fahrgäste für Rio verließen das Luftschiff, während Dr. Eckener die Behörden und die Vertreter des Heeres und der Marine begrüßte. Der „Graf Zeppelin" stieg dann wieder auf. Er beschrieb in mäßiger Höhe, begrüßt von den Schiffssirenen und Schiffspfeifen, zwei Kreise über der Stadt und nahm dann Kurs auf die Küste, um nach Pernambuko zurückzukehren.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Das Defizit im Reichshaushalt.

Über die Höhe des Defizits im Reichshaushaltsplan ist man sich innerhalb des Reichskabinetts noch nicht ganz klar. Das Reichsfinanzministerium berechnet das voraussichtliche Defizit mit 737 Millionen Mark. Der Reichsminister für die besetzten Gebiete, Treviranus, hat in einer Rede das Defizit mit 600 bis 700 Millionen Mark angegeben. Andere Stellen errechnen ein Defizit von etwas mehr als 800 Millionen Mark. Der Grund für diese Meinungsverschiedenheiten liegt darin, daß die Berechnungsgrundlagen sich ständig ändern und völlig davon abhängig sind, wie groß man die Steuerausfälle einschätzt und wie hoch die Durchschnittsziffer der Arbeitslosen im laufenden Jahre angenommen wird.

Auslandsreise des Kreuzers „Karlsruhe".

Der unter dem Kommando des Kapitäns zur See Lindau stehende Kreuzer „Karlsruhe" ist nach Übernahme der Kadetten des Kreuzers „Emden" zu seiner Auslandsfahrt ausgelaufen. Die sieben Monate dauernde Schulungsfahrt des Kreuzers führt um Afrika und dann nach Südamerika.

Aus In- und Ausland

Berlin. Im Reichstag haben die Regierungsparteien ein Initiativgesetz beantragt, das die Regierung ermächtigen soll, die Erteilung von Einfuhrscheinen für die Ausfuhr von Schweinen und Schweinefleisch an Bedingungen zu knüpfen.

Kiel. In Kiel kam es zu einem schweren Zusammenstoß zwischen nationalsozialistischen und kommunistischen Trupps, wobei drei Personen schwer und eine größere Anzahl leichter verletzt wurden. Eine Frau, die wie eine Rasende um sich schlug und einem Polizeibeamten einen Finger abgebissen hatte, mußte auf der Polizeiwache durch eine Wasserdusche beruhigt werden.

Wien. Der frühere Reichskanzler Marx traf zu einem mehrtägigen Privataufenthalt hier ein, um an dem Jubiläum des katholischen Volksbundes teilzunehmen.

Wien. Die Blätter melden, daß der Ackerbauminister angesichts des schleppenden Verlaufes der Handelsvertragsverhandlungen mit Ungarn und Jugoslawien dem Ministerrat den Entwurf eines Getreide- und Mehlmonopols vorgelegt hat, um für den Fall eines Stillstandes der Verhandlungen entsprechende Maßnahmen zu treffen.

Postwünsche im Reichstag.

(172. Sitzung.) CB. Berlin, 24. Mai.

Auf der Tagesordnung des Reichstages steht die zweite Beratung des

Etats für das Postministerium.

Mit der Beratung ist verbunden die Behandlung des Gesetzentwurfes über die Weltpostvereinsverträge sowie eine Änderung des Postfinanzgesetzes, nach der die Zahl der vom Reichstag in den Verwaltungsrat zu entsendenden Mitglieder um eins vermehrt wird.

Reichspostminister Dr. Schätzel

kommt bei der Etatsbegründung auf seine Darlegungen im Haushaltsausschuß zurück. Das Jahr 1929 sei ein Jahr der Befestigung gewesen. Die begonnenen Reformen in Betrieb und Verwaltung werden fortgeführt und möglichst zu einem gewissen Abschluß gebracht. Der äußere Dienst soll zusammengefaßt werden mit dem Ziele, möglichst ein zentrales Amt in jedem größeren Ort zu schaffen, dem die übrigen als Zweigstellen angegliedert sind. Daneben pflegen wir die Normierung und Vereinfachung. Wir sind auf dem Wege, in der Telegraphie einen Einheitsapparat einzuführen. Bei der Vergebung von Aufträgen wird

das Handwerk nach Möglichkeit berücksichtigt.

Der Briefverkehr zeigt einen leichten Rückgang, dagegen haben der Postscheckverkehr und namentlich der Funktelegrammverkehr stark zugenommen. Im Überseeverkehr ist eine erhebliche Beschleunigung erreicht. Als erster Staat in Europa haben wir Luftpostlinien eingeführt, die im Westen bis Sevilla, im Osten bis Konstantinopel gehen. Die Zahl der Rundfunkteilnehmer ist im Jahre 1929 von 2,8 auf 3,2 Millionen gestiegen. Die Bemühungen auf dem Gebiete des Fernsehens sind soweit gediehen, daß wir schon bald zu einer den praktischen Bedürfnissen angemessenen Einrichtung kommen werden. Zusammenfassend stellt der Minister fest, daß die Deutsche Reichspost sich in der Welt bereits wieder großes Ansehen erworben habe.

Abg. **Mentzel** (Dtn.): Bei dem neuen großen Defizit des Reiches darf man hoffen, daß es nicht auch zu Gebührenerhöhungen bei der Reichspost führen wird. Bedauerlich ist es, daß der Osten noch immer verkehrstechnisch zurückgesetzt wird. Bei Vergebungen darf sich die Post nicht auf gewisse Monopolfirmen beschränken. Der Rundfunk wird leider parteipolitisch benutzt, während er ein unparteiisches Kulturinstrument sein soll.

Abg. **Schuldt-Steglitz** (Dem.): Die Abgabe der Post an das Reich muß auf eine Höchstgrenze beschränkt werden, damit die darüber hinausgehenden Überschüsse zur Verbesserung des Betriebes und zur Gebührensenkung verwendet werden. Der Redner empfiehlt stärkere Ausstattung der Schulen mit Rundfunkapparaten. Dann trägt er zahlreiche Wünsche der Beamten im einzelnen vor.

Abg. **Seppel** (Soz.): Das Personal darf nicht unter der Rationalisierung und Mechanisierung leiden. Bei Aufträgen muß die schlesische Industrie besonders berücksichtigt werden. Der Abgeordnete stellt die Anfrage, ob in nächster Zeit mit der Aufstellung eines Großsenders in Breslau zu rechnen ist.

Abg. **Groß** (Ztr.): Das Postfinanzgesetz muß möglichst schnell reformiert werden. Zu begrüßen ist die Ausdehnung des Postkraftwagenverkehrs. Es muß dabei in erster Linie das Verkehrsbedürfnis entscheidend sein, nicht die etwaige Rentabilität.

Abg. **Torgler** (Komm.) meint, die Rationalisierung und die Festigung bei der Reichspost ist lediglich auf Kosten des Personals vorgenommen worden.

Abg. **Morath** (D. Vp.): Die Notwendigkeit, die Ausgaben der Post angesichts der schlechten Finanzlage des Reiches abzubauen, ist sehr zu bedauern. Die Personalpolitik hält der Redner für einwandfrei. Nicht sehr erfreulich sei der Gesundheitszustand der Postbeamtenschaft. Nur ein geringer Prozentsatz der Beamten erreicht die Altersgrenze von 65 Jahren.

Abg. **Mollath** (Wirtschaftspartei): Die Reichspost ist durch die Ablieferungen an das Reich mittelbar an der Aufbringung der Kosten des Young-Planes beteiligt. Daß ein Rückgang der Einnahmen der Post zu befürchten ist, stimmt sehr bedenklich. Mit allen Kräften muß sich der Minister gegen Porto- und Fernsprechgebührenerhöhungen wehren. Bei den angeregten Rundfunkangelegenheiten darf es nicht verschwiegen werden, daß die Rundfunkorganisationen Gehälter an leitende Persönlichkeiten zahlen, die das Gehalt des Reichskanzlers übersteigen.

Reichspostminister **Schätzel** beantwortet einzelne Anfragen. Er sagt im Laufe seiner Ausführungen, der deutsche Osten werde reichlich mit Aufträgen seitens der Post bedacht.

Zwischen Ostpreußen und dem Reich

seien die Postpaketgebühren verbilligt worden. Die Ablieferung der Beiträge an das Reich werde erst dann festgesetzt, wenn alle Bedürfnisse des Betriebes befriedigt seien. Staatsfeindliche Agitation, komme sie von rechts oder links, werde in der Verwaltung nicht geduldet. Der Minister spricht den Beamten zum Schluß seiner Ausführungen seinen herzlichen Dank für ihre Pflichttreue und aufreibende Tätigkeit aus.

Abg. **Holzamer** (Wirtschaftspartei) spricht für das Handwerk, das stärker bei der Vergebung von Aufträgen berücksichtigt werden müsse. Beamte dürften keine handwerklichen Arbeiten ausführen und dabei das Handwerk im Preise unterbieten.

Abg. **Stöhr** (Nat.-Soz.): Die Fortschritte im Postverkehr sind anzuerkennen. Aber etwa beim Volksbegehren und ähnlichen Anlässen dürfen parteipolitische Schriftstücke durch die Reichsbehörden nicht unter den Beamten verbreitet werden.

Die Aussprache über den Posthaushalt wird geschlossen. Die Abstimmungen finden später statt. Nächste Sitzung Montag.

Die Deckungsfragen im Reichskabinett.

Dienstag Beratung.

Gegenüber den in der Presse verbreiteten Meldungen wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß nicht beabsichtigt ist, die gesamte Finanzlage und die Deckungsvorschläge mit den Führern der hinter der Regierung stehenden Parteien zu erörtern. Vielmehr wird, wie schon bekanntgegeben, am Dienstag das Kabinett hierzu entscheidend Stellung nehmen.

Erhöhte Grundvermögenssteuer durch Notverordnung.

Sechzehn gegen dreizehn Stimmen.

Der Ständige Ausschuß des Preußischen Landtages nahm die Notverordnung des Staatsministeriums über die Erhöhung der Grundvermögenssteuer, die sich inhaltlich mit der gescheiterten Gesetzesvorlage deckt, mit 16 Stimmen der Regierungsparteien gegen 13 Stimmen der Opposition an, nachdem die Vertreter der Oppositionsparteien noch einmal die Bedenken gegen den Erlaß der Notverordnung geltend gemacht hatten.

Finanzreform und Gemeinden.

Rede des Reichsfinanzministers.

Auf der 5. kommunalpolitischen Tagung der Deutschen Volkspartei der Rheinprovinz hielt der Reichsminister der Finanzen Prof. Dr. Moldenhauer eine Rede, in der er u. a. ausführte: Die Gemeinden erheben den Einwand, daß ihnen durch die Gesetzgebung des Reiches und der Länder immer neue Aufgaben übertragen worden seien, ohne daß ihnen entsprechende Einnahmen zugewiesen worden sind. Dieser Einwand ist nicht so ganz von der Hand zu weisen, aber auch nur teilweise richtig. Viele Aufgaben, die heute die Gemeinden auf Grund reichs- oder landesgesetzlicher Vorschriften erfüllen, fallen in Gebiete, die seit Jahrhunderten zum besonderen Aufgabenkreis der Gemeinden gehört haben. Das gilt insbesondere von den Fürsorgepflichten. Die Finanzlage der Gemeinden ist unbestritten kritisch, das zeigt das Anwachsen der schwebenden Schuld. Wie das Reich die äußersten Anstrengungen macht, seine schwebende Schuld zu tilgen oder zu fundieren, so müssen auch in den Gemeinden die Bemühungen auf dieses Ziel gerichtet sein.

Das Reich ist nicht in der Lage, diese Schulden zu übernehmen.

Es muß Aufgabe der Gemeinden sein, wie es Aufgabe des Reiches ist, die Schulden aus eigenen Einnahmen zu tilgen und für einen ausgeglichenen Etat zu sorgen. Da die Einnahmen nicht erhöht werden können, im Gegenteil der schwere Druck der Realsteuern, so bald es möglich ist, gemildert werden muß, muß der saure Weg der sparsamen Wirtschaft beschritten werden.

Gegen die Verzögerung des Ostprogramms

Hilferuf an Hindenburg.

Nachrichten über die Absicht des Reichstages, das Ostprogramm erst nach den Pfingstferien zu erledigen, trotzdem ein entsprechender Reichsratsbeschluß schon vorher zu erwarten ist, haben in der gesamten Provinz Ostpreußen große Beunruhigung hervorgerufen. Der Vorstand der Landwirtschaftskammer übermittelte dem Reichspräsidenten nachfolgendes Telegramm: „Der Vorstand der Landwirtschaftskammer erfährt mit großer Sorge, daß der Reichstag vor Erledigung des Ostprogramms in die Pfingstferien gehen will. Er bittet Euer Exzellenz gehorsamst, sich dafür einsetzen zu wollen, daß das Ostprogramm vorher verabschiedet wird."

An den Reichskanzler und den Reichstagspräsidenten wurden ähnliche Telegramme gesandt.

Wie aus parlamentarischen Kreisen hierzu gemeldet wird, ist die Unruhe unbegründet, da der Reichstag die Absicht hat, auf jeden Fall vor der Sommerpause dieses Gesetz noch zu verabschieden. Eine Verabschiedung vor Pfingsten ist schon technisch vollkommen unmöglich. Das Kabinett hat allerdings bereits vor längerer Zeit das Gesetz dem Reichsrat überwiesen. Da aber im Reichsrat gewisse Fristen eingehalten werden müssen, wird die Vorlage erst am kommenden Mittwoch an die Ausschüsse weitergeleitet. Das Plenum des Reichsrats wird das Gesetz erst nach den Pfingstferien, wahrscheinlich am 20. Juni verabschieden. Dann erst kann sich der Reichstag mit der Vorlage beschäftigen. Die Verabschiedung im Reichstag wird voraussichtlich nach Erledigung des Haushalts für 1930 in den ersten Julitagen erfolgen.

Berufspflichten des Soldaten.

Ein Erlaß Hindenburgs.

Im März 1922 sind die „Berufspflichten des deutschen Soldaten" aufgestellt worden, die die Kriegsartikel für das Heer und die Marine ersetzen sollten. Diese „Berufspflichten des deutschen Soldaten" haben jetzt durch einen Erlaß des Reichspräsidenten und des Reichswehrministers eine neue Fassung erhalten. Die Neubearbeitung verfolgt den Zweck, durch Fortfall aller in Gesetzen und Vorschriften niedergelegten Bestimmungen und durch Zusammenfassung gedanklicher Zusammenhänge die Berufspflichten zu vereinfachen und ihr Verständnis zu erleichtern. Die neuen Berufspflichten sind allen Soldaten unverzüglich, jedem Neueintretenden sogleich nach der Einstellung vorzulesen. Dies ist jährlich mindestens einmal zu wiederholen. In regelmäßigen Zeitabständen sind sie, wie der Reichswehrminister bemerkt, im Unterricht zu erläutern. Der Wortlaut der Neufassung ist folgender:

„Artikel 1: Die Reichswehr ist das Machtmittel der gesetzmäßigen Reichsgewalt. Sie schützt die Grenzen des Deutschen Reiches und seinen Bestand nach außen und nach innen. Das Deutsche Reich ist eine Republik. Ihrer Verfassung schwört der Soldat die Treue. Die unverbrüchliche Wahrung der dem Vaterland gelobten Treue ist die vornehmste Pflicht des Soldaten.

Artikel 2: Die Reichswehr dient dem Staat, nicht den Parteien. Politische Betätigung ist dem Soldaten verboten.

Artikel 3: Die Treue gebietet dem Soldaten, im Krieg und im Frieden mit allen seinen Kräften bis zur Opferung des Lebens seine Pflicht zu tun und jede Gefahr von seinem Vaterland abzuwenden. Wer es unternimmt, die Verfassung des Reiches oder der Länder gewaltsam zu ändern, begeht Hochverrat. Wer sein Vaterland oder dessen Geheimnisse verrät, begeht Landesverrat.

Artikel 4: Das höchste Gut des Soldaten ist die Ehre. Sie ist nicht denkbar ohne Achtung vor der Ehre anderer. Stolz ist würdig, Überhebung unwürdig. Artikel 5: Der Soldat als Vorgesetzter soll seine Untergebenen als Menschen kennen und achten. Er soll ihnen ein Vorbild sein und sie zu starken verantwortungsfreudigen Persönlichkeiten erziehen. Gehorsam ist die Grundlage jeder Wehrmacht. Der freiwillige Soldat soll aus Einsicht und Vertrauen gehorchen. Große Leistungen in Krieg und Frieden entstehen nur aus innerer Verbundenheit von Führer und Truppe. Artikel 6: Soldatentreue umschließt die Kameradschaft. Sie bewährt sich im Kampf und in Gefahr. Verfehlungen des einzelnen schaden der Gemeinschaft. Artikel 7: Der Beruf des Soldaten fordert Mut und Tapferkeit. Feigheit ist für den Soldaten besonders schimpflich. Artikel 8: Der Soldat sei wahrhaft und unbestechlich, bescheiden und verschwiegen. Ausschweifungen sind seiner unwürdig. Artikel 9: Gegen Unrecht, vorschriftswidrige Behandlung und unbegründete Verdächtigungen seiner Ehrenhaftigkeit wird der Soldat geschützt. Beschwerden stehen ihm bis zur höchsten Stelle offen. Artikel 10: Soldaten, die ihre Pflicht verletzen, werden bestraft. Unwürdige können in der Wehrmacht nicht geduldet werden. Der rechtschaffene, unverzagte und ehrliebende Soldat darf der Anerkennung und des Wohlwollens seiner Vorgesetzten sicher sein. Das Reich wird für ihn sorgen. Nach seinen Fähigkeiten und Leistungen steht ihm der Weg zu den höchsten Stellen offen."

Für Abschaffung des Eides.

Statt dessen „feierliche Beteuerung".

Der Strafrechtsausschuß des Reichstages stimmte über den Antrag D. Strathmann (Dtn.) ab, durch den an Stelle des Eides die „feierliche Beteuerung" und an Stelle des Meineides die „Bestrafung der falschen Beteuerung" vor Gericht gesetzt werden soll. Der Antrag wurde mit 17 gegen 10 Stimmen angenommen.

Die thüringischen Schulgebete.

Frick zieht die Verordnung nicht zurück.

Die Kabinettssitzung der thüringischen Regierung führte nunmehr zu einer Klärung der Haltung in der Frage der Schulgebete. Wie verlautet, wurde Übereinstimmung dahingehend erzielt, daß von einer Zurückziehung der Schulgebetsverordnung durch das Volksbildungsministerium keine Rede sein kann. Man überläßt es also dem Reichsinnenministerium, in dieser Angelegenheit die Entscheidung des Staatsgerichtshofes anzurufen.

In der gleichen Sitzung wurde eine Einladung der Länderminister für nächsten Mittwoch nach Berlin bekanntgegeben, wo auf Veranlassung des Reichsinnenministers Verhandlungen gepflogen werden sollen über eine Änderung der Grundsätze für die Gewährung von Reichszuschüssen zur Polizei der Länder.

Düsseldorfer Mörder entdeckt?

Verhaftung und Geständnis.

Der Düsseldorfer Kriminalpolizei ist es gelungen, den am 26. Mai 1883 in Mülheim am Rhein geborenen Arbeiter Peter Kürten als den mutmaßlichen Düsseldorfer Massenmörder festzunehmen. Die Verhaftung geschah so überraschend, daß Kürten ohne weiteres eine vor kurzem ausgeführte Vergewaltigung eines jungen Mädchens zugab und im weiteren Verlauf der Vernehmung auch gestanden haben soll, die im letzten Jahre in Düsseldorf vorgekommenen Morde ausgeführt zu haben. Kürten wurde an einige Tatorte geführt und soll dabei viele gravierende Angaben gemacht haben.

Der Polizeibericht gibt an, daß zunächst doch noch Zweifel bestehen, ob Kürten tatsächlich für alle Fälle des vollendeten und versuchten Mordes in Frage kommt. Umfassende Ermittlungen zur Sicherung eines einwandfreien Beweises für jeden einzelnen Fall sind im Gange.

Dem so lange gesuchten Düsseldorfer Mörder werden insgesamt zehn Morde an Frauen und Kindern und zehn Überfälle zur Last gelegt.

Die Spur.

Eine Düsseldorfer Hausangestellte hatte in einem Brief an ihre Freundin mitgeteilt, daß sie am 14. d. M. abends einem Mann in die Hände gefallen und daß ihr etwas Fürchterliches passiert sei, wobei sie fast ums Leben gekommen wäre. Dieser Brief ist durch irrige Adressierung in falsche Hände gekommen und wurde der Polizei übergeben. Es gelang, die Adresse der Briefschreiberin zu ermitteln. Ihre Vernehmung ergab, daß sie in den späten Abendstunden des 14. Mai auf dem Wege in ein Mädchenheim von einem Mann angesprochen worden war, der ihr versprach, sie in das Heim zu führen. Der Unbekannte übernahm die Führung und brachte sie in den Grafenberger Wald. Als das Mädchen nicht weiter mitgehen wollte, ergriff er sie am Hals, würgte und vergewaltigte sie. Er entfernte sich dann eiligst, ohne sich weiter um das Mädchen zu kümmern.

Die Kriminalpolizei machte die Wohnung dieses Unbekannten ausfindig. Dadurch wurde dieser festgestellt als der Arbeiter Peter Kürten. Als die Kriminalpolizei ihn in seiner Wohnung festnehmen wollte, war er schon flüchtig. Die daraufhin angeordneten umfassenden Fahndungsmaßnahmen führten zur Festnahme des Kürten. Die Hausangestellte soll bei der Gegenüberstellung den Mann ganz zweifellos wiedererkannt haben.

Deutsche Wirtschaftssanierung und Paneuropa.

Appell des Reichskanzlers an die Gläubigerstaaten. — Briand-Plan und allgemeine Abrüstung.

Reichskanzler Dr. Brüning hielt auf dem Bankett der ausländischen Presse in Berlin eine politische Rede. Mit der Sanierung der deutschen Finanzen werde auch das Vertrauen der Welt zu Deutschland steigen. Die nächste Arbeit gälte der Not der Landwirtschaft. Bei den Vorschlägen zur Gesundung der Arbeitslosenversicherung werde sich die Regierung von sozialem Geiste leiten lassen. Sie werde gleichzeitig eine Reihe von Maßnahmen ergreifen, um der Arbeitslosigkeit zu steuern. Die Verwirklichung dieser Aufgaben sei die Voraussetzung, daß wir den schweren Erfordernissen des Neuen Planes gerecht werden könnten.

Auf der anderen Seite sei jedoch das Verständnis der Gläubigermächte erforderlich, daß wir die großen Lasten auf die Dauer nur dann entrichten können, wenn wir bei ihnen für die Erträgnisse unserer Arbeit Absatzmöglichkeiten finden.

Die Gesundung der Wirtschaft sei auch eine Voraussetzung, um an eine Verwirklichung der Bestrebungen glauben zu können, die kürzlich in Berlin in einer Zusammenkunft prominenter Persönlichkeiten ihren Niederschlag fanden und darin gipfelten, die Schwierigkeiten, die in der wirtschaftlichen Zerklüftung des Kontinents ihren Ursprung haben, zu beseitigen.

Jedes weitschauende Ideal europäischer Solidarität habe aber zur Voraussetzung die wirtschaftliche und politische Souveränität der einzelnen Nationen.

Das deutsche Volk ist sich einig in der Erkenntnis, daß der Wiederaufstieg Deutschlands nur im friedlichen Zusammenwirken mit allen Völkern erreichbar ist. Der Glaube an die Durchführbarkeit einer allgemeinen Abrüstung dürfe im Interesse der gesamten Menschheit nicht erlöschen. Nur durch die Verwirklichung dieser Ziele werde der Geist einer wirklichen Versöhnung dauernd herrschen können.

Olympischer Kongreß in Berlin.

Die Eröffnungsfeierlichkeiten.

Bei der Eröffnung des Olympischen Kongresses am Sonntag in der Aula der Berliner Universität hielt der Reichsminister des Innern Dr. Wirth eine Begrüßungsansprache, in der er an das Wort des Reichspräsidenten von Hindenburg erinnerte: „Leibesübung muß eine Lebensgewohnheit sein, Leibesübung muß Gemeingut werden, Leibesübung ist Bürgerpflicht, Leibesübung ist Dienst am Vaterlande." Der Minister sagte weiter, die Olympischen Spiele würden zum sinnvollen Ausdruck der Kulturgemeinschaft der Völker, zunächst zwar nur der Körperkultur, die aber wie beim Einzelindividuum, so beim Volk Voraussetzung für die gesamte Menschheitskultur ist. Auf der nächsten Olympiade in Los Angeles werde Deutschland gern vertreten sein. Zur besonderen Ehre würde es uns gereichen, wenn es möglich sein würde, mit der Durchführung der Olympischen Spiele in nicht zu ferner Zeit einmal Deutschland zu betrauen.

Weiter sprachen Professor Dr. Schmidt, Rektor der Wilhelm-Universität, Graf de Baille-Latour, Präsident des Olympischen Komitees, und der Präsident des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen Dr. Lewald, der betonte, daß Deutschland die ergangene Einladung nach Los Angeles, befürwortet von der Reichsregierung, mit Dank annimmt. Die Begrüßung der Stadt Berlin brachte Stadtrat Wutzky zum Ausdruck.

Lokales und aus der Nachbarschaft.

Halver, den 26. Mai 1930.

Das Siegel der Verschwiegenheit.

„Diskretion — Ehrensache!" Wie oft kann man das nicht hören! Es wird unter anständigen Leuten als selbstverständlich angenommen, daß einer ein Geheimnis, das ihm anvertraut worden ist, nicht weitergibt, nicht an die große Glocke hängt, besonders wenn ihm Verschwiegenheit ausdrücklich zur Pflicht gemacht wird. Es ist eine Sache der persönlichen Ehre, und die anempfohlene Verschwiegenheit ist gewissermaßen ein Siegel, das auf das Geheimnis gedrückt wird und das nicht willkürlich gelöst werden sollte. Das gilt für das private und für das geschäftliche Leben — wieviel mehr aber noch für den amtlichen Verkehr, für die dienstlichen Beziehungen zwischen beamteten Personen und dem Publikum. Verletzung und Bruch der Amtsverschwiegenheit, das ist noch weit schlimmer als Indiskretion im Verkehr zwischen Privatleuten. Ein Steuerbeamter, ein Gerichtsvollzieher, ein Postbeamter weiß aus seinen Dienstgeschäften so mancherlei über intime Angelegenheiten einzelner Mitbürger, und es müßten sich schwerste Konflikte ergeben, wenn er sein Wissen auf den Markt trüge und durch das Ausplaudern von Geheimnissen, die er in amtlicher Eigenschaft erfahren hat, irgendwen in der Achtung der andern herabzusetzen suchte. Amtsverschwiegenheit — das ist eine ernste Sache! Glücklicherweise dürfen wir zu dem weitaus größten Teile unserer Beamtenschaft das Vertrauen haben, daß sie nicht aus der Schule plaudert, daß sie Amtsgeheimnisse, die sie weiß, nicht verbreitet, auch nicht unter dem in solchen Fällen so oft mißbrauchten „Siegel der Verschwiegenheit". Schulze darf nicht durch den Gerichtsvollzieher erfahren, daß sein intimster Feind Müller soeben gepfändet worden ist, Meyer soll nicht durch einen „Herrn vom Finanzamt" zu wissen bekommen, wie hoch oder wie niedrig

Die Befreiung des Rheinlandes

Protest gegen französische Zerstörungssucht.

Was wird aus dem Rheinlandministerium?

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde der Etat des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete behandelt. Der Berichterstatter Dr. Köhler (Ztr.) ging auf die grundsätzliche Frage ein, was aus dieser Behörde nach der Rheinlandräumung werden soll. Es werde eine Anzahl von Fragen übrigbleiben, die weiter verwaltet werden müßten, beispielsweise die Betreuung des Saargebiets. Wolle man den verbleibenden Rest der Aufgaben auf das Ministerium des Innern übertragen oder ein selbständiges Ressort bilden, entweder allein oder in Verbindung mit anderen Aufgaben?

Der Berichterstatter protestierte auf das schärfste gegen das skandalöse Vorgehen der Franzosen bei der Zerstörung der Luftschiff- und Flugzeughallen. Hier handele es sich offensichtlich um den Haß einer wildgewordenen Militärbureaukratie, die es nicht ertragen könne, jetzt das besetzte Gebiet geräumt zu sehen.

Der Reichsminister Treviranus erklärte, der genaue Zeitpunkt, wann das Ministerium aufgelöst werde, stehe noch nicht fest. Der Abbau des Ministeriums sei aber in vollem Gange und es würden die größten Bemühungen gemacht, alle Beamten, Angestellten und Arbeiter unterzubringen. Verhandlungen mit Preußen dieserhalb würden in der nächsten Woche aufgenommen. 800 000 Mark für Übergangsmaßnahmen für ältere Arbeiter, deren Unterbringung natürlich am schwierigsten sei, sind vorgesehen. Über die Bewertung der frei werdenden Immobilien werden dem 19. Ausschuß Richtlinien vorgelegt. Es sei beabsichtigt, den Gesamtbesitz in eine Bau- und Bodenbank einzubringen, die zunächst 40 Millionen Mark aufnehmen wolle.

Wegen des Abbruchs der Luftschiffhallen seien eingehende Verhandlungen mit der französischen Behörde geführt worden, diese habe ihren Anspruch aber auf den § 202 des Friedensvertrages gestützt und es seien keine Erleichterungen erreicht worden. Der französische Oberkommissar habe ihm die endgültigen Termine für die Räumung der einzelnen Bezirke mitgeteilt. Bis zum 31. Mai würden zum Beispiel zwei Brücken, Speyer-Ludwigshafen-Worms, geräumt sein.

In dem Ergänzungsetat werde die Saargängerunterstützung von 3 Millionen auf 7,5 Millionen erhöht. Auch die Erhöhung des Fonds für kulturelle Fürsorge sei vorgesehen. Das Ziel der Politik aller Parteien bezüglich des Rheinlandes sei die Befreiung der Rheinlande gewesen; verschieden die Wege, auf denen man dieses Ziel zu erreichen hoffte. Jetzt sollte man sich einigen in der Freude, daß das Ziel erreicht ist, wenn es auch tief bedauerlich ist, daß das Schicksal des Saargebiets noch nicht entschieden sei.

Die Räumungsamnestie kommt.

Für politische Verbrecher seit 1. September 1924.

Der Rechtsausschuß des Reichstages beschäftigte sich mit den Amnestieanträgen der verschiedenen Parteien. Mit 16 gegen 11 Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten bei Stimmenthaltung der Bayerischen Volkspartei wurde der Kompromißantrag der Regierungsparteien angenommen, wonach aus Anlaß der Rheinlandräumung eine Amnestie erlassen wird, durch die die Amnestie vom Juli 1928 auf alle politischen Verbrechen (also auch auf die sogenannten Fememorde) ausgedehnt wird, die nach dem 1. September 1924 begangen worden sind. Ausgenommen sind Verbrechen, die sich gegen ein Mitglied oder ein früheres Mitglied der Reichsregierung gerichtet haben. Alle übrigen Anträge wurden abgelehnt.

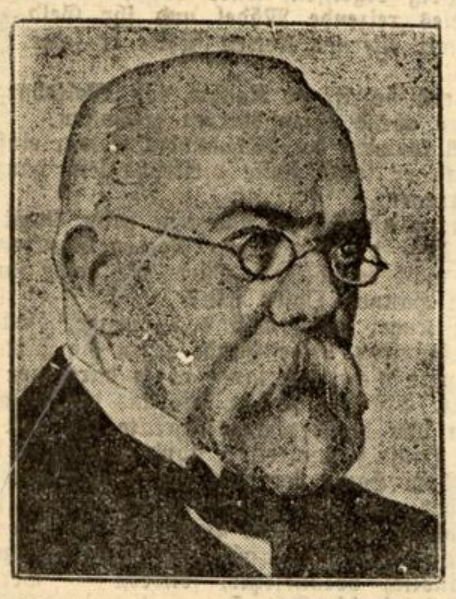
Bei der Beratung der Anträge im Ausschuß würdigte Reichsjustizminister Dr. Bredt die großen Bedenken, die gegen die vielen Amnestierungen der letzten Jahre geltend zu machen seien. Man habe dadurch in weiten Kreisen völlig falsche Anschauungen über unsere Rechtspflege geweckt. Bei den Tötungen von 1924 handle es sich aber um ganz besondere Umstände, die eine Amnestierung aus Anlaß der Rheinlandräumung tragbar erscheinen ließen. Taten wie die sogenannten Fememorde seien nur zu verstehen aus der Mentalität einer Zeit heraus, die hoffentlich niemals wiederkehren wird.

Robert Koch und sein Werk.

Zum 20. Todestag des Forschers. (27. Mai.)

Mitten hinein in die Erörterungen über das Lübecker Säuglingssterben, das auf Impfungen mit einem Tuberkuloseimpfstoff zurückgeführt wird, fällt die 20. Wiederkehr des Todestages Robert Kochs, des großen deutschen Mediziners, der zuerst den Nachweis führte, daß kleinste Organismen aus der Klasse der Bakterien, die sogenannten Tuberkelbazillen, die Krankheitserreger der Tuberkulose seien, und der im November 1890 Untersuchungen über das Tuberkulin und seine Verwendung als Heilmittel gegen die Tuberkulose veröffentlichte, Untersuchungen, die in der ganzen Welt das größte Aufsehen erregten und bei den Tuberkulosekranken Hoffnungen erweckten, die leider nicht voll in Erfüllung gegangen sind.

Als Sohn eines Bergbeamten wurde Robert Koch am 11. Dezember 1843 in Klausthal geboren. Er studierte Medizin und wurde dann Arzt, zuerst in einem kleinen Orte bei Hannover, dann in einem ebenso kleinen Städchen der früheren Provinz Posen. Während dieser Posener Zeit stellte er eine Reihe wichtiger Untersuchungen über Wundinfektion und Milzbrand an. Das hatte zur Folge, daß er in das Reichsgesundheitsamt berufen wurde. Und dann kamen seine epochemachenden Untersuchungen über die Natur und die Ursache



der Tuberkulose. Diese Forschungen machten ihn so berühmt, daß er 1883 als Leiter der deutschen Choleraexpedition nach Ägypten und Indien entsandt wurde. Die Frucht dieser Expedition war die Entdeckung der Kommabazillen als der eigentlichen Träger des Choleragiftes. Bei seiner Rückkehr nach Deutschland wurde er seitens des Reiches durch eine Dotation von 100 000 Mark ausgezeichnet. Er wurde ordentlicher Professor an der Universität, Direktor des neuerrichteten Hygienischen Institutes in Berlin, Ehrenbürger von Berlin, Mitglied des Staatsrates und was der Ehrungen mehr waren. Seit 1891 widmete er sich der Leitung des neuerrichteten Instituts für Infektionskrankheiten, und es gab kaum ein „Infektionsgebiet" auf dem er nicht bahnbrechend gewirkt hätte. Im Auftrage der englischen Regierung ging er zum Studium der Rinderpest nach Südafrika, von dort zum Studium der Pest nach Indien. In Deutsch-Ostafrika und in Java widmete er sich dem Studium der Malaria. Der ägyptischen Augenkrankheit spürte er nach, die Ursachen der Ruhr suchte er zu ergründen, den Typhus, die Tsetsekrankheit, die afrikanische Schlafkrankheit, die afrikanische Rinder- und Pferdesterbe und vieles andere noch zog er in den Bereich seiner Forschungen.

Im Jahre 1905 erhielt Robert Koch den Nobelpreis für Medizin. Am 27. Mai 1910 ist er in Baden-Baden gestorben. Nennt man die größten Namen auf dem Gebiete medizinischer Forschungen, so wird an erster Stelle der seine genannt.

Hunderttausende demonstrieren in Bombay

Schwere Zusammenstöße in Rangoon.

Eine auf 200 000 Köpfe geschätzte Menschenmenge durchzog die indischen Viertel Bombays. 400 Polizisten wurden eingesetzt, um die Menschenmenge zu verhindern, in das europäische Geschäftsviertel einzudringen. Die Demonstranten lagerten sich auf der Straße vor der polizeilichen Sperre.

Die in dem Lager von Worli untergebrachten 250 Gandhi-Anhänger sind in den Hungerstreik getreten. — Bei weiteren Angriffen auf das Salzlager von Wadala wurden 47 Freiwillige verhaftet. In Rangoon kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen streikenden Dockarbeitern und einer Anzahl Chinesen, die als Streikbrecher für die Beladung von Schiffen gedungen worden waren.

Abendsitzung des Haushaltsausschusses.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages setzte in einer Abendsitzung die Beratung des Haushalts des Ernährungsministeriums fort. Es wurde eine Reihe von Entschließungen angenommen, wonach u. a. darauf hingewirkt werden soll, daß gelegentlich von Roggenverkäufen aus Beständen der Getreidehandelsgesellschaft auf den süddeutschen, südwestdeutschen und mitteldeutschen Märkten eine preisunterbietende Tendenz in Zukunft unterbleibt. Damit war der Haushalt des Reichsernährungsministeriums erledigt.

Krebsbekämpfung und Schutzpockenimpfung.

Medizinische Fragen im Haushaltsausschuß des Reichstages.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages führte bei dem Etatstitel „Gesundheitspflege" der Reichsinnenminister Dr. Wirth zur

Frage der Krebsbekämpfung

folgendes aus: Nach den Statistiken aller Länder nimmt die Zahl der Todesfälle an Krebs immer mehr zu. Während die Mortalitätsziffer der Tuberkulose in Deutschland allmählich bis zu 9,3 auf 10 000 Lebende herabgegangen ist, hat der Krebs ungefähr die Ziffer von 11 erreicht. Auch wenn man annimmt, daß es sich hierbei nicht um eine echte Zunahme handelt, sondern daß die Zunahme vielleicht davon herrührt, daß jetzt mehr Leute als früher in dasjenige Alter gelangen, in welchem vorzugsweise der Krebs aufzutreten pflegt, verdienen diese Zahlen doch die ernsteste Beachtung.

Der Grund, weshalb in der Bekämpfung des Krebses im Sinne einer Volkskrankheit bis in die letzte Zeit hinein sehr wenig geschehen ist, liegt hauptsächlich darin, daß die Arbeiten des seit 30 Jahren bestehenden deutschen Zentralkomitees zur Erforschung und Bekämpfung der Krebskrankheit sich im wesentlichen auf die Erforschung der Krankheit erstreckt haben. Seit einer ganzen Reihe von Jahren hat aber die Behandlung der Krebsgeschwülste, insbesondere durch die Anwendung der Röntgenstrahlen und der Radiumstrahlen, so große Fortschritte erzielt, daß die Bekämpfung dieser Krankheit sich nun mit guten Aussichten auf Erfolg organisatorisch in Angriff nehmen läßt. Das Ausland, insbesondere Frankreich, Schweden und England, ist uns hier mit gutem Beispiel vorangegangen. Um die Erfahrungen, die dort gesammelt worden sind, an Ort und Stelle kennenzulernen, wurde auf Veranlassung des Reichsinnenministeriums zunächst eine Kommission von Sachverständigen nach Paris und nach Stockholm gesandt, deren Bericht dann die Unterlage für unser weiteres Vorgehen bildete. Es galt, auf dem Gebiete der Krebsbekämpfung das in die Wege zu leiten, was bei der Tuberkulosebekämpfung mit Hilfe der ausgedehnten Tätigkeit des deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose zum großen Teil schon erreicht ist. Das Reichsinnenministerium übernahm die Führung bei dieser Aufgabe und hat die Gründung eines Reichsausschusses zur Krebsbekämpfung in die Hand genommen, dem die Organisation des Kampfes gegen diese Volkskrankheit obliegt, während die Förderung der rein wissenschaftlichen Forschung weiterhin vom deutschen Zentralkomitee zur Erforschung und Bekämpfung der Krebskrankheit wahrgenommen wird. Die Gründung des Reichsausschusses hat schon insofern befruchtend gewirkt, als allenthalben in Deutschland, wie z. B. in Baden, Bayern, Württemberg, Hannover, Schleswig-Holstein, Köln, Bestrebungen im Flusse sind, die eine Zusammenfassung aller für die Krebsbekämpfung in dem betreffenden Gebiet in Frage kommenden Organisationen zwecks einheitlichen Vorgehens zum Ziele haben.

Von den wichtigen Fragen, die zu lösen sind, seien nur folgende genannt: Vorkehrungen für eine gründlichere und raschere Erfassung der Krebskrankheit und für ihre frühzeitige Zuleitung zur Behandlung, Ausbau der nachgehenden Fürsorge, Einrichtung einiger weniger zentraler Behandlungsstellen, die für besondere Fälle notwendig sind und wo die sogenannte Großstrahlenbehandlung möglich sein wird, Sorge für eine rationelle Verteilung der Radiumbestände, Vorkehrungen gegen Schäden, die durch den Umgang mit Radium entstehen können. Es ist der irrige Eindruck entstanden, als ob die ganze Organisation sich völlig auf der Anwendung des Radiums aufbaue. Das ist nicht der Fall. Wenn auch das Radium nach dem Stande der wissenschaftlichen Forschung augenblicklich im Vordergrund des Interesses steht, so ist doch kein Zweifel, daß die Entwicklung damit noch nicht abgeschlossen ist. Der Minister kam dann auf das

Lübecker Säuglingssterben

zu sprechen. Er erklärte, daß die Anregung zu den Calmette-Impfungen nicht vom Reich, sondern auf Veranlassung des Gesundheitsrates für den Senat Lübeck bei den standesamtlichen Meldungen der Geburten durch Merkblätter und Zählkarten gegeben wurde. Vorher war durch die Presse sowie durch Vorträge von Ärzten und Hebammen die Bevölkerung auf das Verfahren hingewiesen worden. Entsprechend diesem Vorgehen sind nicht nur Säuglinge aus der sozial einfachen Bevölkerungsschicht geimpft worden, sondern die Impfungen verteilen sich auf Säuglinge aus allen Bevölkerungskreisen. Neben Kindern von Arbeitern befinden sich unter den Geimpften auch Kinder von Beamten, Kaufleuten, ehemaligen Offizieren, Ingenieuren und anderen Kreisen. Zur Frage der

Schutzpockenimpfung

sagte der Reichsinnenminister: Der Reichstag hatte bei der Beratung des Haushalts des Reichsinnenministeriums für das Jahr 1929 eine Entschließung angenommen, worin die Reichsregierung um beschleunigte Vorlage der schon früher in Aussicht gestellten Denkschrift über die Nachprüfung der wissenschaftlichen Grundlagen des Impfgesetzes ersucht wurde. Die Denkschrift ist inzwischen abgeschlossen; sie bedarf aber noch einiger Ergänzungen, die im Hinblick auf die wissenschaftlichen Erfahrungen und das Ergebnis der wichtigen fachmännischen Verhandlungen gerade der letzten Monate unentbehrlich sind. Im Vordergrunde des Interesses stehen hierbei die Schlüsse, die aus dem Auftreten von Gehirnentzündung zu ziehen sind; solche Erscheinungen sind insbesondere in Holland und England, vereinzelt aber auch bei uns, seit einigen Jahren im Anschluß an die Schutzpockenimpfung beobachtet worden. Schon als die ersten Fälle dieser Krankheit in Holland zur Beobachtung gelangt waren, hat das Reichsministerium des Innern die Angelegenheit mit großer Intensität verfolgt. So sind auf Veranlassung des Ministeriums zweimal Kommissionen von deutschen Sachverständigen nach Holland entsandt worden, um sich über die dort gemachten Erfahrungen und Nutzanwendungen zu unterrichten.

Nach der Zahl der Erkrankungen an Gehirnentzündung, die in Deutschland vorgekommen sind (1927: 16, 1928: 22, 1929: 22), ist die Gefahr für den einzelnen Impfling unter Berücksichtigung der jährlichen Zahl von etwa 2,5 Millionen Impfungen sehr gering. Trotzdem sind die Vorschriften des Impfgesetzes und die dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen unter diesem Gesichtspunkte noch einmal besonders eingehend geprüft worden. Eine Änderung des Impfgesetzes, das sich als ausgezeichneter Schutz unseres Volkes, aber auch unserer Nachbarvölker, wie es vom Völkerbund ausdrücklich anerkannt wurde, bewährt hat, wurde vom Reichsgesundheitsrat nicht in Frage gezogen. Wohl aber war er der Auffassung, daß man durch eine Neufassung der Vorschriften, die von den Ärzten bei der Impfung zu beachten sind, einen Weg gefunden habe, um berechtigten Wünschen auf Erleichterungen der Impfpflicht entgegenzukommen, ohne eine Schädigung der Volksgesundheit dabei in Kauf nehmen zu müssen.

Große Sünden und kleine Schwächen

Von Dorothee Goebeler.

Es gibt ein altes Kirchenlied, darin heißt es: „Denn wolltest du das sehen an, was Sünd' und Unrecht ward getan, wer könnte vor dir bleiben?" „Als ob wir alle miteinander Schwerverbrecher wären," sagt Frau Marlene. „Nun, es ist selbstverständlich, daß wir jeder unsere Fehler und kleinen Schwächen haben — aber so schlimm, wie es hier gemacht wird, ist es doch wirklich nicht. Im großen und ganzen ist man doch ein leidlich anständiger Mensch und tut nichts Ehrenrühriges."

Tut man es wirklich nicht? Nein, wir stehlen und morden nicht, wir fälschen keine Wechsel, und schwören keine falschen Eide, und dennoch! Es sind nicht nur die großen Sünden, die Schuld bedeuten, die kleinen und kleinsten tun es mitunter ebenso. „Du sollst nicht töten!" heißt das fünfte Gebot. Es sind nicht bloß die Totschläger und Mörder, die dagegen sündigen, auch die Sünder an der Seele des Nächsten verdienen ernste Rüge. Wie viele solcher Taten werden nicht alle Tage von neuem und auch im engsten Familienkreise begangen!

Eltern, die ihre Kinder in einen Beruf zwingen, der sie unglücklich macht, die sie zu einer Heirat überreden aus egoistischen Gründen oder eine Liebe auseinanderbringen aus gleichen Motiven, die begehen sie ebenso gut wie die Hausfrau, die ihren Untergebenen durch böses Wesen die Arbeit zur schweren Last macht. Wie oft wird Menschenehre, Menschenglück und Frieden totgeschlagen durch unbedachten Klatsch, durch böses Nachreden, durch eine bloße Andeutung, ein Achselzucken. Sind das alles wirklich bloß die — kleinen Schwächen, an denen wir kranken? Ist es nur eine der üblichen „Menschlichkeiten", wenn der Freund, der in schwerer Zeit um Hilfe bittet, mit einem kühlen Wort abgespeist wird, trotzdem man ihm gut und gern helfen könnte? Es hat sich aus solchen „kleinen Menschlichkeiten" schon großes Herzeleid entwickelt.

Es ist schon etwas daran an dem alten: „Denn wolltest du das sehen an, was Sünd' und Unrecht wird getan, wer könnte vor dir bleiben." Wir schwören keine falschen Eide. „Sowas tut ein anständiger Mensch nicht." Aber er verspricht seiner Schneiderin oder einem anderen Handwerker oder Lieferanten, eine Schuld zu einem bestimmten Termin sicher zu bezahlen, und bleibt sie dann kaltblütig schuldig. Was aus solchem — gebrochenen Wort für Unheil entstehen kann, wieviel Not und Verzweiflung es über ein Geschäft, eine Familie bringen kann, das wird nicht weiter bedacht. „Ja, wenn ich das gewußt hätte!" — „Wenn ich gedacht hätte, daß es so kommt!" — „Aber so habe ich es doch nicht gemeint!" — „Nein, das habe ich aber doch nicht gewollt!"

Ach, wir kennen sie, die schönen Stoßseufzer, die laut werden, wenn das Unglück da ist. Nein, man hat nicht gedacht und nicht gewollt und gewußt, aber man hätte denken und wissen können und sich überlegen sollen, was werden würde.

Es ist wirklich ein sehr nachdenkliches Kapitel, das von den großen Sünden und den — kleinen Menschlichkeiten.

Schmidt sein Einkommen angibt, und der Briefträger soll auf seinem Bestellgang nicht einer ganzen Straße erzählen, daß Herr X. soeben einen Zahlungsbefehl oder Fräulein Y. soeben einen Brief, der mutmaßlich ein Liebesbrief sei, bekommen hat. Wie gesagt, wir brauchen von unseren Beamten im allgemeinen solche Ausplaudereien nicht zu befürchten, aber hin und wieder kommt so etwas doch vor, und die Reichsdisziplinarkammer in Potsdam hat kürzlich erst einen alten Postbeamten wegen Verletzung des Briefgeheimnisses zur Dienstentlassung verurteilt, nachdem ihn das Schöffengericht bereits zu Gefängnis verurteilt hatte. Das muß natürlich ein besonders schwerer Fall von Amtsgeheimnisverletzung gewesen sein, aber auch die scheinbar leichten sind unter allen Umständen zu meiden. Und darum haben wir uns dieses hier vom Herzen geschrieben!

—* **Zum 1. Preußischen Feuerwehrtag in Münster in Westfalen.** Der Preußische Landes-Feuerwehr-Verband hält — wie wir bereits mitteilten — in den Tagen des 15. bis 18. August 1930 in Westfalens Hauptstadt, als dem Sitz des Verbandes, nach 47jährigem Bestehen den ersten preußischen Landesfeuerwehrtag ab. Die sehr reichhaltige Tagesordnung ist jetzt noch ergänzt worden durch eine Reihe von Fachvorträgen bekannter Persönlichkeiten über die einheitlichen Vorschriften für die Feuersicherheit in Garagen, Warenhäusern usw., über Gasschutz bei den freiwilligen Feuerwehren, über Feuerverhütung und Feuerbekämpfung auf dem Lande, über Bau und Betrieb neuzeitlicher Kleinkraftmotorspritzen und über Brandschau und Luftschutz. Außerdem sind noch Lichtbildervorträge über Feuerverhütung und Feuerbekämpfung und die Vorführung eines Exerzierfilms für freiwillige Feuerwehren sowie Musterübungen von kleineren und mittleren, insbesondere auch von ländlichen Wehren in Aussicht genommen. Die Vorträge werden in der Stadthalle und im Vortragssaal der neuen städtischen Feuerwache zu einer noch bekanntzugebenden Zeit gehalten.

Halver

—!! **Lichtspiele Carlshöhe.** Das am Sonnabend und Sonntag gezeigte Programm, u. a. **Donauwalzer** fand bei dem zahlreichen Publikum ungeteilten Beifall. Harry Liedtke und besonders Ernst Verebes in seiner humorvollen originellen Art, fesselten die Zuschauer während der 7 Akte immer und lösten manchmal große Lachsalven hervor. Es ist daher die Leitung der Lichtspiele Carlshöhe den vielfachen persönlichen Wünschen entgegengekommen und läßt heute, Montag abend ab 8 Uhr das Programm, in welchem „Donauwalzer" besonders hervorzuheben ist, nochmals über die Leinwand laufen. Die neue Musikanlage bewährt sich sehr gut.

Kierspe

—s **Goldene Hochzeit.** Das Fest der goldenen Hochzeit begingen am Freitag die Eheleute Wilhelm Seßinghaus hierselbst. Wenngleich dieser Ehrentag auch nur im engsten Familienkreise gefeiert wurde, so nahm darüber hinaus doch ein großer Freundeskreis Anteil an diesem seltenen Feste. Davon zeugten die überaus zahlreichen Glückwünsche, die dem Paar von allen Seiten zugingen, die aber auch gleichzeitig einen Beweis der Wertschätzung erbrachten, deren das Paar sich allgemein erfreut. Auch seitens der staatlichen und kirchlichen Behörden, wieder Beglückwünschung durch den Reichspräsidenten, der Ueberreichung einer goldenen Jubiläumsbibel seitens der Kirche usw. wurden die Jubilare in der üblichen Weise geehrt. In den Abendstunden brachte der Gemischte Kirchenchor ein Ständchen, umrahmt von einer Ansprache des Vorsitzenden Herrn Karl Homrighausen. Auch der M.-G.-V. Sängerbund sang einige Chöre und ließ durch seinen Vorsitzenden Herrn Fritz Schaefer Glückwünsche überbringen. Das Jubelpaar erfreut sich noch einer seltenen Rüstigkeit, und darf man hoffen, daß es ihm vergönnt sein möge, nach 10 Jahren das Fest der Diamantenen Hochzeit zu feiern.

—s **Jubilar der Arbeit.** Der Gabelschmied Fritz Köhler in Höferhof bei Kierspe konnte auf eine 25jährige, ununterbrochene Tätigkeit bei der Märkischen Gabelfabrik Wilhelm Plate in Kierspe zurück blicken. Das Jubiläum ist ein Zeugnis von gutem Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

—s **Besitzwechsel.** Die Besitzung von Albert Panne hierselbst ging bei der am 22. d. M. vor dem Amtsgericht Meinerzhagen stattgefundenen Zwangsversteigerung an einen fremden Käufer über.

—s **Fuchsjagd und Geländeritt.** Der Einladung der Kiersper Reitabteilung zur Teilnahme an einer Fuchsjagd waren die Abteilungen Halver, Meinerzhagen und Lüdenscheid gefolgt. Der Jagd ging ein Geländeritt voraus. Um 3 Uhr versammelten sich auf dem Reitplatz nahezu 40 Reiter, die in wohlgeordnetem Zuge unter Führung des Vorsitzenden der Abteilung Kierspe, Herrn Hugo Vollmann zum Geländeritt aufbrachen. Der Weg führte durch die Isenburg zum Wienhagenerhaus, dann durch den Wald über Eltinghausen in die Bremecke, durch die Bermecke über Mark zur Tingslinde, woselbst der Auslauf vorgesehen war. Man hatte am Tage vorher die Wege mit Hindernissen mannigfacher Art ausgestattet. Es ging über gefällte Bäume, über Sträucher und durch Wassergraben, sodaß der Ritt sich außerordentlich interessant und lehrreich gestaltete. Auf der Mark wurde eine kurze Rast gemacht, um sich durch einen kühlen Trunk zu stärken. Die Reiter langten kurz nach 5 Uhr an der Tingslinde an. Dort hatte sich mittlerweile eine große Menschenmenge angesammelt, um dem schönen Spiel beizuwohnen. Leider rieselte in den Nachmittagsstunden ein feiner Regen hernieder. Gleich bei Ankunft an der Tingslinde nahmen die Reiter Aufstellung. Der Fuchs war Reiter Berges von der Kiersper Reitabteilung. An dessen Schulter war ein Fuchsschwanz befestigt, und galt es nun, diesen Schwanz zu erlangen. Dabei bestand die Bedingung, den Schwanz von der linken Seite zu nehmen. Nachdem Berges etwa 50 Meter im Galopp voraufgeritten war, folgten auf Kommando die übrigen Reiter. In fliegendem Galopp gings über das Feld, kaum, daß man die Beine unter den Pferdeleibern erkennen konnte. Es war ein schaurig schöner Anblick. Innerhalb weniger Minuten war der ganze Akt erledigt. Reiter Fuchs von der Abteilung Meinerzhagen errang den Fuchsschwanz, und wurde dadurch zum Jagdkönig ernannt. Fräulein Houben und Fräulein Irmgard Plate überreichten jedem der Teilnehmer ein Sträußchen von Eichenlaub. Gegen 5½ Uhr langte der Zug wieder in unserem Dorfe an. Die Kiersper Reitabteilung hatte für abends zu einem gemütlichen Beisammensein in den Berliner Hof eingeladen.

—s **Freund Reinecke im Hühnerstall.** In den Hühnerstall des Lehrers i. R. Osenberg zu Vorth bei Grünenbaum hatte sich in den letzten Tagen ein Fuchs eingeschlichen und dort reiche Beute gehalten. Eigenartiger- und glücklicherweise hatte Freund Reinecke, als man seiner gewahr wurde, von dem Geflügel 5 Hähne ums Leben gebracht, während sämtliche Hennen noch unversehrt waren. Freund Reinecke mußte vors Gericht und sah einer schweren Bestrafung entgegen.

—s **Eine Schlägerei,** an der eine Anzahl junger Leute Anteil hatten, entstand in der Nacht von Freitag auf Samstag am Felderhof. Verschiedene der Beteiligten mußten sich in ärztliche Behandlung begeben.

Rönsahl

—c Den eifrigen Bemühungen unseres Pfarrers Herrn Radicke ist es gelungen, hierorts einen „Kirchenchor" ins Leben zu rufen, welcher bereits unter der Stabführung von Herrn Hauptlehrer Köhler hierselbst seine Uebungsstunden abhält. Zum Provinzial-Gustav-Adolf-Fest wird genannter Chor in der hiesigen Kirche beim Festgottesdienst mitwirken.

*

—r **Lüdenscheid,** 26. Mai. Im Lokale Rixen (Jägerhof) fand am Sonnabend eine Gauversammlung des Sängergaues Lüdenscheid-Altena statt. Der Vorsitzende Heinrich Filling-Oberbrügge eröffnete die Versammlung mit herzlicher Begrüßung und Dank an die Erschienenen. Er stellte allerdings mit Bedauern fest, daß von den ca. 50 angeschlossenen Vereien nur 23 ihre Vertreter entsandt hatten. Während des Verlaufs der Versammlung erschienen jedoch noch etliche Vertreter. Der Vorsitzende gab bekannt, daß der M.-G.-V. Eintracht Ebeking dem Gau neu als Mitglied beigetreten sei. Den Bericht über den deutschen Sängertag in Leipzig gab der Vorsitzende Heinrich Filling, der auch daran teilgenommen hat. Er gab klare Erläuterungen über den Gang der Verhandlungen und brachte besonders den Inhalt des Berichts des Fünferausschusses über die Redlinaffäre zur Kenntnis. Mit Befriedigung konnte festgestellt werden, daß es im Deutschen Sängerbund wieder vorwärts geht und die schwere Krise überstanden ist. Auch die Kassenverhältnisse haben sich sehr gut entwickelt dank der regen Tätigkeit des neuen Schatzmeisters Oberbürgermeister a. D. Roth, Leipzig, so daß der nochmalig zu erhebende Sonderbeitrag von 30 Pfg. fallen gelassen werden konnte, der einmalige Sonderbeitrag muß allerdings noch bestehen bleiben. Die vorbildliche Sängertreue zur Zeit der Not des Vogtländischen und Fränkischen Sängerbundes die 600 bezw. 6000 RM. als Sondergabe an den D. S. B. überwiesen haben, wurde beifällig aufgenommen und sind ein Zeichen von dem hohen Geist, der wieder im deutschen Sängerbund Platz gegriffen hat. Nun kam die Bezirkseinteilung des Gaues, die durch das starke Anwachsen des Gaues notwendig geworden ist und fand wie folgt ihre Erledigung: Bezirk 1. die Vereine des Stadtverbandes Lüdenscheid einschl. Orpheus-Heerwiese, Bezirk 2 umfaßt das Rahmedetal, Bezirk 3. das Versetal und Umgebung, Bezirk 4 das Volmetal und Bezirk 5 die Vereine des Amtsbezirks Halver einschl. Liederhain Lauenscheiderohl. Die Beratungen über das für dieses Jahr vorgesehene Wertungssingen um die Gauplaketten mußten bis zum nächsten Jahre vertagt werden, da kein einziger Verein sich hierzu gemeldet hatte. Unter Verschiedenes hielt der Vorsitzende die Vereine an, doch für eine würdige Ausgestaltung des am 29. 6. d. J. stattfindenden deutschen Liedertages einzustehen, damit dieser Tag auch seine Werbewirkung nicht verfehle. Es erfolgte hierauf Schluß der Versammlung.

40-jährige Jubelfeier des M.-G.-V. „Liederkranz" Anschlag.

Erster Tag: Schwere wirtschaftliche Nöte durchtoben Deutschland. Wer hätte da wohl Lust und Mittel, Feste zu feiern? Und doch, so ein rechtes deutsches Sängerfest mit all seinen schönen und erhebenden Momenten, in all seiner Buntheit und Lebensfreude ist etwas, was uns auch heute noch gehören darf, was uns vielleicht heute ab und zu doppelt not tut, um neuen Lebensmut zum Kampf um die schwere Existenz zu sammeln. Möge das urdeutsche Lied mit all seinen herzerfreuenden Idealen seinen Pflegern und Anhängern als wahres deutsches Volksgut erhalten bleiben.

Wir sitzen im vollgedrängten Lastwagen. Motorengeratter, Benzingeruch, Alltäglichkeit. Aber im Wagen selbst herrscht fröhliche Festesstimmung. Wir fahren nach Engstfeld. Was ist Engstfeld? Ein großer Bauernhof mit all seinem drum und dran. Die mögen da ein interessantes Fest in ihrer Scheune feiern. So denkt der Skeptiker, der blasierte Festbesucher. Die Anschlager Sänger dachten anders. Schon als wir Anschlag passierten, grüßen uns Guirlanden, Willkommenschilder, Birkengrün geschmückte Straßenränder. So geht es in bunter Reihenfolge bis nach Engstfeld.

Der erste Eindruck ist der beste, das lehrt uns der Eintritt in die große Fruchtscheune des Herrn G. A. Enneper. Da sieht der Vereinsfreund, der deutsche Vereinsmeier, hier hat der Eifer der gemeinsamen Arbeit, das Ideal des Sängers und Liebe zur Heimat gearbeitet. Das ist keine Scheune mehr, daß ist ein in Pracht und blendendem Glanz prunkender Konzertsaal. Ein Festraum, heimisch und freundlich, ein Stimmungsbild des echt deutschen Landfestes.

Ein buntes Leben und Treiben. Fast schon ist der große Raum besetzt. Da sitzen neben der zahlreich anwesenden Einwohnerschaft des Bezirks die Vertreter des Amtes und der Gemeinde Halver, an der Spitze Herr Bürgermeister Watermann, der die Festrede des Kommerses übernommen hat. Tisch an Tisch finden wir die Vereine, die unter der Leitung des Festdirigenten, Herrn Bruno Lockemann stehen.

Schon schmettert der Jubelverein sein Begrüßungslied in den Festraum. Wir scheinen den Anfang, den Eröffnungsmarsch der Beckerschen Kapelle, verpaßt zu haben. Brausender Beifall, das reiche Programm wickelt sich ab. Nutzlose und undankbare Arbeit hier kritisieren zu wollen. Hier kann und soll gar nicht der Versuch gemacht werden, die Leistungen zu kritisieren. Viel schöner dünkt es uns als Freund und Laie deutschen Liedes und deutscher Volkstümlichkeit zuzugehören, als durch die Brille des Kunstkritikers, die wir nicht besitzen, die Sache zu beurteilen. Der Ehrenvorsitzende, Herr Karl Strohmeier begrüßt die Versammlung. Sein besonderer Gruß gilt den Vertretern der Behörde und den geladenen Gästen, sein Dank den Bezirkseingesessenen. Dieser Dank ist reichlich verdient. Freudige und ernste Weisen klingen dann in schöner Harmonie an unser Ohr. Herr Lockemann hat seine Sänger in der Hand. Stürmischer Beifall lohnt die Sangesbrüder. Einzeln und im Massenchor treten sie auf. Herr Lockemann scheint heute Abend Schwerstarbeiter zu sein. Man sieht ihn fast nur auf der Bühne, da der gesangliche Teil des Programms nur von seinen Sängern bestritten wird. Eine Ouvertüre der 8 Mann starken Beckerschen Kapelle bringt eine kleine Abwechslung. Lieblich schwingen die Klänge durch den großen Raum. Ein Ohrenschmaus und schöne Ergänzung der Darbietungen.

Dann betritt Herr Bürgermeister Watermann den Rednerstand. Fest und markig seine Worte, ausklingend in dem Gedanken der überbrückenden Ideale des deutschen Liedes. Ein dreifach Hoch auf das deutsche Vaterland und stehend singt die Versammlung die erste Strophe des Deutschlandliedes. Rauschender Beifall beendet diesen Programmpunkt.

Nr. 13 des Programms bringt die Ehrungen. Der Vorsitzende, Herr Karl Schürfeld, überreicht den Veteranen des Vereins Herrn G. A. Enneper und Herrn Wilh. Hedfeld das Ehren-Diplom unter Ernennung zu Ehrenmitgliedern. 2 junge Mädchen als Vertreterinnen der Damen des Bezirks überreichten dem Jubelverein eine prächtige Fahnenschleife. Mit Worten des Grußes und der Sangesbrüderlichkeit folgen Frohsinn-Halver, M.-G.-V. Hahnenbeg, Sängerheim-Heide und Harmonie-Wellringrade mit Tischbannern, Plaketten und Fahnennägeln. Dann ergreift Herr G. A. Enneper das Wort. Dankt freundlich und herzlich für die erwiesenen Ehrungen. Gedenkt in schönen Worten des verstorbenen Herrn Feckinghaus, den er als den Gründer und die Seele der Liederkranz bezeichnet, streift kurz das schöne Verhältnis zwischen alter und junger Sängerschaft am Anschlag. Herr E. findet auch Worte des Dankes und der Anerkennung für den derzeitigen Ehrenvorsitzenden Herrn Karl Strohmeier, den er als den tüchtigen Förderer und das Bindeglied zwischen alt und jung feiert. Mit dem Hinweis auf die hohe nationale Bedeutung des deutschen Liedes als wahre Volksgemeinschaft beschließt Herr E. seine mit starkem Beifall aufgenommenen Worte. Nachdem nochmals Herr Karl Schürfeld im Namen seiner Sangesbrüder für die überreichen Beweise treuen Anhangs an den Jubelverein seinen Dank ausgesprochen hat, beschließt nach einem schönen Walzervortrag der als Massenchor gesungene „Abmarsch" von Heinrichs den ersten Teil.

Schnell beginnt der zweite Teil. Es ist inzwischen spät geworden. Wieder ziehen in schöner Reihenfolge Perlen deutschen Liedes und deutscher Musik an unserem Ohr vorüber.

Nachdem dann in der Mitte des zweiten Teiles der herrliche von 8 jungen weißgekleideten Damen aufgeführte Blumenreigen unter der bewährten Leitung des Herrn Fritz Kattwinkel die Festgäste berauschte; war man wirklich im Zweifel, was nun heute Abend am schönsten war. Wirklich schön war es, diesen Reigen, frei von theatralischem Anhang in natürlichen volkstümlichen Tanzschritten aufgeführt, anzusehen. Ueberaus reicher und wohlverdienter Beifall belohnte die jungen Damen.

Dann gings mit weiteren Vorträgen musikalischer und gesanglicher Art bald dem Schluß zu.

Alles in allem, wirklich ein herrlicher Abend, eine Kundgebung des deutschen Volksliedes, die berufen ist, folgenden offiziellen Hauptfesttag mit großen Erwartungen entgegen zu sehen.

Zweiter Tag: Kurz nach 2 Uhr nachmittags versammelten sich die eingeladenen Vereine der näheren und weiteren Umgebung am Vereinslokal Bahnhof Anschlag. Im geschlossenen Festzuge unter Vorantritt der Halverschen Feuerwehrkapelle ging es zum Festlokale in Engstfeld. Nach kurzer Rast eröffnete die Feuerwehrkapelle den Nachmittag mit einem schneidig gespielten Marsch. Anschließend betreten die Vereine des Sängerpodium und mächtig erklangen die herrlichen Volkslieder und Chöre durch den großen Festraum. Der Vorsitzende des Jubelvereins hieß die zahlreich erschienen Festteilnehmer und die in stattlicher Zahl erschienenen Sangesbrüder von Nah und Fern herzlich willkommen und wünschte allen einige frohe und unterhaltende Stunden. Der Vorsitzende des M.-G.-V. „Arion" Halver, Otto Schellhase dankte im Namen der geladenen Vereine dem Jubelverein für die freundliche Einladung. Gern und freudig seien sie der Einladung gefolgt um den Ehrentag des M.-G.-V. Liederkranz Anschlag würdig zu gestalten. Sein Hoch galt dem Jubelverein. Das aus 21 Nummern bestehende Programm wurde in schöner Reihenfolge abgewickelt. Die Vereine wetteiferten mit ihren Vorträgen. Manch herrliches Lied und schöner Chor wurde gesungen. Es würde zu weit führen, wollten wir den einen oder anderen Vortrag der verschiedenen Vereine besonders hervorheben. Alle Vorträge fanden begeisterte Aufnahme und brausenden Beifall lohnte die Sänger für ihre Darbietungen. Im zweiten Teil überreichte der Vorsitzende des M.-G.-V. Germania-Hohenplanken dem Jubelverein Liederkranz Anschlag unter treffenden Worten einen Fahnennagel. Ebenso überreichte der M.-G.-V. Teutonia-Ehringhausen zur steten Erinnerung an den heutigen Tag einen Fahnennagel. Gegen 8 Uhr war das Konzert beendet. Ein gutbesuchter Sängerball schloß sich an. Der M.-G.-V. Liederkranz-Anschlag sowie der ganze Bezirk kann mit Stolz auf den Tag des 40-jährigen Bestehens zurückblicken. Der Tag wird ein Markstein in der Geschichte des Vereins bleiben. Wir wünschen dem Liederkranz ein weiteres Wachsen, Blühen und Gedeihen.

Sport am Sonntag.

—s **Kierspe,** den 26. Mai.

Mannschaften aus Meinerzhagen und Rönsahl hatten sich für gestern zur Austragung von Freundschaftsspielen bei den Kiersper Mannschaften angesagt. Durch den hernieder rieselnden Regen wurden die Spiele leider ungünstig beeinflußt. Zunächst ging ein Handballspiel zwischen der 1. Jugend Kierspe und der 1. Jugend Meinerzhagen von statten. Wesentliche Unterschiede bestanden in den Abteilungen nicht. Die erste Halbzeit endete mit 1:1, jedoch war es Kierspe in der zweiten Halbzeit möglich, noch 1 Tor zu erringen, sodaß das Spiel mit 2:1 für Kierspe endete.

Bei dem darauf folgenden Faustballspiel der 2. Mannschaft Kierspe gegen die 1. Mannschaft Rönsahl zeigten sich die Kiersper weit überlegen. Das Spiel stand auf Halbzeit zu 27:15 für Kierspe, und endete mit 55:31 für Kierspe.

Die Deutschland-Radrundfahrt

endete am Sonntag in Berlin. Sieger blieb der Berliner Fahrer Buse.

Was man noch wissen muß.

Schleuderflug Dampfer „Bremen"—Newyork.

Die am 31. Mai in Bremerhaven beginnende Amerikafahrt des Dampfers „Bremen" wird wieder mit einem Schleuderflug verbunden werden. Er soll am 6. Juni möglichst weit vor der amerikanischen Küste beginnen und die Beförderung und Zustellung der Post um etwa 20 Stunden beschleunigen.

Chinesische Banditen überfallen eine Stadt.

Aus Schanghai wird gemeldet, daß 500 Banditen zwei Städte überfallen haben. Sie töteten hundert Einwohner und verschleppten 400, um Lösegeld zu erlangen.

Keine Einigung im Tarifstreit der Gruppe Nordwest.

Die Verhandlungen der Parteien über den Manteltarif der Angestellten der Eisen- und Stahlindustrie, Gruppe Nordwest, haben zu keiner Einigung geführt. Die Schlichterkammer wird daher in den ersten Tagen des Junis einen Schiedsspruch fällen.

Schlußdienst.

Die Großhandelsrichtzahl.

Berlin. Die auf den Stichtag des 21. Mai berechnete Großhandelsrichtzahl des Statistischen Reichsamts ist mit 125,7 gegenüber der Vorwoche (125,8) leicht zurückgegangen.

Erteilung von Einfuhrscheinen für Roggen und Hafer.

Berlin. Gemäß § 2 der Verordnung über Einfuhrscheine vom 6. Mai 1930 wurden in der Zeit vom 13. bis 15. Mai 1930 44 139 Doppelzentner Roggen und 202 569 Doppelzentner Hafer mit dem Anspruch auf Erteilung von Einfuhrscheinen nach den neuen Wertbestimmungssätzen zur Ausfuhr angemeldet und zur amtlichen Prüfung vorgeführt.

Neue Beitragsmarken in der Angestelltenversicherung.

Berlin. Vom 1. Juli 1930 ab werden neue zweifarbige Beitragsmarken der Angestelltenversicherung ausgegeben. Die Gültigkeitsdauer der bisherigen Beitragsmarken läuft mit dem 30. Juni 1930 ab. Es ist ratsam, etwaige Beitragsrückstände vorher zu beseitigen.

Politische Mordtat aufgeklärt.

Berlin. Nach einer Bekanntmachung des Polizeipräsidenten hat sich die Mordtat an dem auf dem Innsbrucker Platz erstochenen Händler Heimbürger aufgeklärt. Nationalsozialisten, die aus einer Kneipe kamen, überfielen sechs Personen, die sie für Kommunisten ansahen. Heimbürger flüchtete und kam zunächst durch das anhaltende Schlagen zu Fall. Hier hat der 21 Jahre alte Glaser Egon Westenberger, ein Angehöriger der Nationalsozialistischen Partei, Heimbürger den tödlichen Stich beigebracht. Heimbürger flüchtete weiter, wieder verfolgt von einer Gruppe von Nationalsozialisten, und lief in ein an der Ecke Stierstraße gelegenes Lokal hinein, wurde aber von seinen Angreifern herausgeholt, auf die Straße geworfen, mit Schlagwerkzeugen bearbeitet und mit Stiefelabsätzen ins Gesicht getreten. Im Krankenhause ist Heimbürger kurz nach seiner Einlieferung dann verstorben. Als Todesursache wurde Verblutung durch Herzstich festgestellt. Die Beteiligten sind verhaftet.

Der Fall „Falke" am 4. Juni vor dem Seeamt.

Hamburg. Die Seeamtsverhandlung über den Fall des Dampfers „Falke" wird am 4. Juni vormittags im hiesigen Strafjustizgebäude beginnen.

Viele Personen nach dem Genuß von Speiseeis erkrankt.

Detmold. Nach dem Genuß von Speiseeis, das von einem umherziehenden Händler auf der Straße verkauft worden war, sind hier 24 Kinder und zwei Erwachsene unter paratyphusverdächtigen Erscheinungen erkrankt. Aus Bad Salzuflen, wo der gleiche Händler ebenfalls Eis verkauft hatte, werden 23 Erkrankungen gemeldet, und zwar 21 Kinder und 2 Erwachsene. Ferner sind in Schöttmar sieben Personen erkrankt. Die Polizei hat den Eisverkauf auf der Straße verboten. Auch in Wolfenbüttel erkrankten etwa 40 Personen, meistens Kinder, nach dem Genuß des von Straßenhändlern gekauften Speiseeises. Eine Probe des Speiseeises ist nach Braunschweig zur Untersuchung gesandt worden.

Verbrechen oder Unfall?

Perleberg. Auf der Bahnstrecke Wittenberge—Perleberg wurde der Arbeiter Otto Krumm aus Perleberg neben den Schienen liegend tot aufgefunden. Der Bahndamm, auf dem Krumm vom Streckenpersonal gefunden wurde, läuft neben der Chaussee Wittenberge—Perleberg. Ob die durch die Art der Verletzungen Krumms begründeten Vermutungen zutreffen, daß er auf der Chaussee erschlagen und von den Tätern auf den Bahndamm geschleppt worden ist, um einen Unglücksfall vorzutäuschen, werden erst die polizeilichen Ermittlungen ergeben.

Freiherr von Ledebur gestorben.

Lübbecke (Westfalen). Auf Haus Crollage starb der Präsident der westfälischen Landwirtschaftskammer, Rittergutsbesitzer Wilhelm Freiherr von Ledebur, im 71. Lebensjahr. Mit ihm verliert die westfälische Landwirtschaft einen Führer, dessen ganze Lebensarbeit der heimischen Landwirtschaft gegolten hat.

Die Offenbacher Explosionskatastrophe.

Offenbach a. M. Die schwere Explosion in einer Drogerie, bei der am 19. Mai abends zwei Personen getötet und drei schwer verletzt wurden, ist mit ziemlicher Sicherheit auf den Racheakt eines Angestellten namens Wilhelm Rühle zurückzuführen, dem eine Gehaltszulage abgeschlagen worden war. Rühle, der bei der Explosion selbst ums Leben gekommen ist, hatte Selbstmordabsichten, da seine zu Pfingsten geplante Heirat durch die Ablehnung seiner Gehaltsforderungen gefährdet schien. Er soll aber die anderen Personen absichtlich mit ins Unglück gezogen haben.

Beginn der Räumung von Worms.

Worms. Der Abzug der französischen Truppen hat begonnen. Der erste Transport hat die Stadt verlassen, der nächste geht Montag ab, ein dritter ist für Mittwoch angesagt.

Wahlen in Memel.

Memel. Die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung in Memel brachten folgendes Ergebnis. Der deutsche Bürgerblock erhält 14 Sitze (bisher 13), die deutsche Beamtenliste 4 Sitze (6), die Sozialdemokraten 7 (8), die Kommunisten 9 (10) und die National-Litauer 6 (3) Sitze. Von den Stimmen der Sozialdemokraten wird es abhängen, ob im Memeler Stadtparlament eine neue deutsche Mehrheit zustandekommen wird.

Drei Todesopfer eines Autounfalls.

Paris. Bei Biarritz fuhr ein mit vier Personen besetztes Auto gegen einen Baum. Drei der Insassen wurden auf der Stelle getötet, der vierte schwer verletzt.

Herabgesetzte Aufenthaltsgebühr.

Riga. Auf Grund wiederholter Noten der hiesigen deutschen Gesandtschaft hat die Regierung jetzt beschlossen, die Aufenthaltsgebühr für deutsche Reichsangehörige, die sich länger als drei Jahre in Lettland aufhalten, von 45 auf 30 Goldfranken jährlich herabzusetzen.

Bombenexplosion in Amritsar (Indien).

London. Wie Reuter berichtet, wurden in Amritsar (Punjal) bei einer Bombenexplosion 20 Personen, darunter mehrere Kinder, verletzt. In Lucknow wurden 13 Arbeiter verhaftet, die an einer Zusammenkunft teilgenommen hatten.

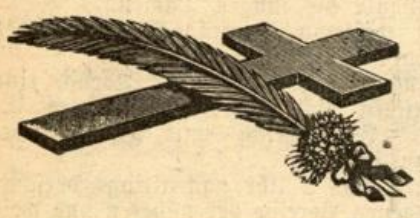
Kommunistenverhaftungen.

Laibach. In Laibach, Aßling, Marburg, einigen Grenzorten und in Agram wurden insgesamt 60 Kommunisten verhaftet, die einer geheimen Organisation angehörten. Die Hauptaufgabe dieser Organisation, die in Laibach ihre Zentrale hatte, bestand darin, verschiedene kommunistische Flugschriften aus Deutschland und Österreich über die Grenze zu schaffen, um für ihre Weiterverbreitung in Jugoslavien und den übrigen Balkanländern zu sorgen. Die Verhafteten werden sich vor dem Staatsgerichtshof zu verantworten haben.

Cholerakranke Mekkapilger.

Kairo. Sieben ägyptische Mekkapilger erkrankten auf der Rückreise in Tor (Halbinsel Sinai) an Cholera. Es wurden alle erforderlichen Maßnahmen ergriffen, um die Verbreitung der Seuche in Ägypten zu verhindern.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.



Kommt Ihr einst zu meinem Grabe,
Stört mich nicht in meiner Ruh,
Denkt was ich gelitten habe,
Gönnet mir die ewige Ruh.

Heute nachmittag 3½ Uhr verschied plötzlich und unerwartet mein lieber Mann, der treusorgende Vater meiner beiden Kinder, mein lieber Bruder, Schwager und Onkel, der

Landwirt

August Zapp

im Alter von 59 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten:
Die trauernden Hinterbliebenen

Haarhausen bei Rönsahl, den 23. Mai 1930.

Die Beerdigung findet am Dienstag, dem 27. Mai, nachm. 4 Uhr in Rönsahl statt. — Kranzspenden waren nicht im Sinne des Entschlafenen.

Vergleichsverfahren.

Ueber das Vermögen des Fabrikanten **Otto Berghaus zu Oberbrügge i. Westf.**, alleinigen Inhabers der Firma **Gustav Berghaus in Oberbrügge i. Westf.**, ist am 20. Mai 1930, 18 Uhr, das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet worden.

Der Bücherrevisor **Karl Schröder in Lüdenscheid**, Kölnerstraße 55, ist zur Vertrauensperson ernannt.

Zu Mitgliedern des Gläubigerausschusses sind bestellt:
1. Fabrikant **Adolf Gierstepер in Oberbrügge in Westf.**
2. Fabrikant **Heinrich Dominghaus zu Brügge i. Westf.**
3. **Dr. jur. Werner Scholl**, in Firma **Gerh. Scholl & Co. in Düsseldorf**, Prinz-Georg-Str. 114

Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag wird auf den **20. Juni 1930, 10½ Uhr** vor dem Amtsgericht — Zimmer Nr. 70 — anberaumt.

Der Antrag auf Eröffnung des Verfahrens nebst seinen Anlagen ist auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

Lüdenscheid, den 20. Mai 1930.
Die Geschäftsstelle des Amtsgerichts.

Bekanntmachung.

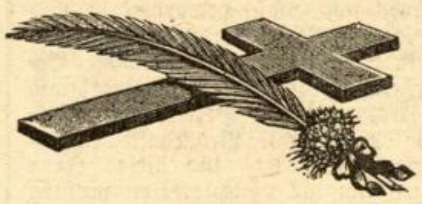
Im Auftrage der Vollstreckungsstelle, Gemeindekasse Kierspe, werden am **Samstag, 31. Mai cr.**, vormittags 10 Uhr, **in Bollwerk**, die nachbezeichneten gepfändeten Sachen, nämlich:

ein Löwe-Automat und eine Schaltermühle

öffentlich versteigert werden. Sammelpunkt der Käufer beim Wirt Rothmann.

Kierspe, den 24. Mai 1930.
Schröder, Vollziehungsbeamter.

Trauerdrucksachen
liefert schnellstens **Wilh. Bell jr., Halver.**



Nach göttlichem Willen verschied heute nachmittag 5 Uhr infolge schwerer Erkrankung mein treuer Gatte, unser guter, unvergeßlicher Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

Robert Barking

im 72. Lebensjahre.

In tiefer Trauer:

Frau Rob. Barking
Ida geb. Voerster
Walter Barking u. Frau
Hulda geb. Guilhaus
Erwin Dahlhaus u. Frau
Paula geb. Barking
Otto Barking
August Lipps u. Frau
6 Enkelkinder
u. Anverwandte.

Halver, Hagen, Kabel, den 24. Mai 1930.

Beerdigung Mittwoch, den 25. Mai 1930, nachm. 4,30 Uhr vom Sterbehause.
Beileidsbesuche dankend verbeten.

Landwehr-Verein Halver.

Zur Teilnahme an der Beerdigung unseres verstorbenen Kameraden

Robert Barking

wollen die Mitglieder am Mittwoch, den 28. Mai, nachmittags 4,15 Uhr recht zahlreich am Vereinslokal antreten.

Der Vorstand.

Freiw. Feuerwehr Halver.

Zur Beerdigung des verstorbenen früher. 2 Hauptmann

Robert Barking

treten die Kameraden am Mittwoch, den 28. d. Mt. nachm. 4 Uhr am Vereinslokal an.

Anzug: Tuchrock und Helm.

Vorstand und Kommando.

Eintrittskarten liefert schnellstens Druckerei Wilh. Bell jr.

Nachruf.



Am Samstag nachmittag 5 Uhr entschlief nach kurzer, schwerer Krankheit unser

Meister

Herr Robert Barking

Sein stetes Wohlwollen und sein immer freundliches Wesen waren uns allen ein Vorbild und sichern dem Verstorbenen bei uns allen ein dankbares und liebendes Andenken.

Die Gehilfen und Lehrlinge der Firma Walter Barking Halver.

Oeffentliche Mahnung.

Die bis jetzt fällig gewordenen, an die unterzeichnete Kassenverwaltung zu zahlenden Steuern und anderen Abgaben sind spätestens bis zum **27. ds. Mts.** zu entrichten.

Vom folgenden Tage ab werden die Rückstände nebst Kosten im Wege der Zwangsvollstreckung beigetrieben.

Halver, den 23. Mai 1930.
Kassen des Amtes Halver.

Stadtkoffer
Herrenkoffer
erstklassiges Fabrikat,
in mehreren Qualitäten am Lager
Wilh. Bell jr., Halver.

Nachruf.



Am 24. ds. Mts. verschied der
Anstreichermeister

Herr Robert Barking

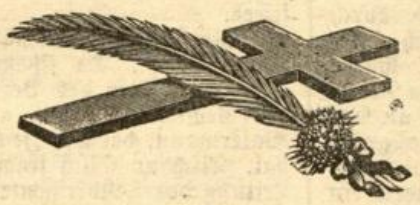
in Halver.

Der Verstorbene gehörte seit mehr als 25 Jahren dem Verwaltungs-Ausschuß für das Versorgungshaus an. Er hat treu und sorgsam die Pflichten seines Amtes erfüllt und war stets redlich bemüht, für das Wohl der Anstaltinsassen zu wirken.

Das Amt Halver gedenkt seiner denkbar auch über das Grab hinaus.

Halver, den 26. Mai 1930.
Der Bürgermeister:
I. V. Beucker, Beigeordneter.

Nachruf.



Am 24. ds. Mts. verstarb unser früherer

2. Hauptmann

Robert Barking

Als Mitbegründer der Wehr gehörte er 49 Jahre derselben an. Die Wehr hat an ihm ein reges Vorbild gehabt.

Mit vorbildlichem Eifer hat er allezeit die Interessen und Aufgaben der Wehr wahrgenommen. Sein allezeit hilfsbereites Wirken wird bei uns unvergessen bleiben.

Der Vorstand u. das Kommando der Freiwilligen Feuerwehr Halver.

1 Schreibtisch
amerikanisches Rolladen-System
zu verkaufen.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Allgem. Anzeigers Halver.

„Düngemittel"

Frisch eingetroffen und auf Lager wieder vorrätig:

Schwefels. Ammoniak,
Leunasalpeter,
Kalkammon,
Kalkammonsalpeter,
Natronsalpeter,
Nitrophoska,
Kalkstickstoff,
Ammoniak,
Superphosphat 9×9
Amm.-Superphosphat, 5×10,
Hederich-Kainit.

C. Zimmermann,
Ohl-Rönsahl,
Telefon Nr. 11 Rönsahl

Vereinigte Turn- und Spielvereine e. V. Halver.

Versammlung
am Samstag, den 31. Mai, abends 8 Uhr, im Vereinslokal Fasbender.
Tagesordnung:
Aufnahmen.
Bezirks- und Kreisfest.
Stiftungsfest.
Ergänzung des Turnrats.
Verschiedenes.
Um vollzähliges Erscheinen bittet
Der Turnrat.



Mittwoch früh, den 28. Mai erhalte ich
oldenb. Schweine.
Aug. Kerspe, Halver.
Telefon 352.